

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

25.7.1913 (No. 200)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

N_o 200

Freitag, den 25. Juli 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
auskunft Nr. 951, 952, 953, 954), wofelbst auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P
Einkaufsgebühr: die 6mal gespaltene Beizeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine-
lei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung
übernommen.

**Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung,
Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden“,
für die Monate**

August und September

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den nachge-
nannten die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur An-
nahme und zum Tragen der ihnen verliehenen Groß-
herzoglich luxemburgischen Auszeichnungen zu erteilen:

für das Großkreuz des Ordens der Ehrenkrone:

dem Staatsminister und Minister des Großherzogliche-
Hauses, der Justiz und des Auswärtigen Dr. Freiherrn
von Dusch,

für das Ritterkreuz desselben Ordens:

dem Betriebsinspektor Karl Eingrün in Karlsruhe,
für das Kommandeurkreuz des Militär- und Zivilver-
dienstordens Adolphs von Nassau:

dem Oberbürgermeister Siegrist in Karlsruhe,
für das Ritterkreuz zweiter Klasse mit der Krone des-
desselben Ordens:

dem Stadtrat Friedrich Wios und
dem Gartendirektor Friedrich Ries daselbst,
für die silberne Medaille dieses Ordens:

dem Amtsdirektor Gotthold Müller in Karlsruhe.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den nachge-
nannten Beamten die untertänigst nachgesuchte Erlaub-
nis zur Annahme und zum Tragen der ihnen verliehenen
Großherzoglich luxemburgischen Auszeichnungen zu erteilen:

für das Kommandeurkreuz des Ordens der Ehrenkrone:
dem Amtsvorstand Geheimen Regierungsrat Dr.
Seidenadel in Karlsruhe;

für die goldene Medaille dieses Ordens:
dem Gendarmrie-Wachmeister Anton Regensburger
daselbst;

für die silberne Medaille desselben Ordens:
dem Polizeiergeanten Friedrich Stern daselbst.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben unter dem 18. Juli 1913 gnädigst geruht, den
Staatsanwalt Karl Hellinger in Mannheim zum Amts-
richter in Donaueschingen und den Amtsrichter Erich
Becker in Pforzheim unter Verlassung im Rang eines
Landrichters zum Staatsanwalt beim Landgericht
Mannheim zu ernennen, sowie den Amtsrichter Dr.
Erwin Diebold in Donaueschingen in gleicher Eigen-
schaft nach Pforzheim zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben unter dem 18. Juli 1913 gnädigst geruht, unter
Verleihung des Titels Oberbauinspektor die Bauinspek-
toren:

Max Bahl zum Vorstand der Rheinbauinspektion
Freiburg,

Adolf Schuler zum Vorstand der Bauinspektion für
das Murgwerk in Forbach und

Karl Spieß zum Vorstand der Wasser- und Straßen-
bauinspektion Achern zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben unter dem 5. Juli 1913 gnädigst geruht, landesherr-
lich anzustellen:

die Eisenbahnsekretäre: Wilhelm Kumpf, Georg
Weissenberger, Hermann Solven, Karl Schnabel, Karl
Höckel und Albrecht Wirth unter Ernennung zu Ober-
revisoren,

die Stationskontrolleure: Otto Meyer, August Bern-
hard, Karl Krieg, Adolf Raupp, Reinhard Ganninger,
Rudolf Seubert und Joseph Konrad unter Ernennung
zu Oberstationskontrolleuren;

die Eisenbahnsekretäre: Friedrich Fischer, Erwin Will-
mann, Max Ernst, Theodor Schmid, Wilhelm Blank,
Johann Schilling, Georg Stähle, Karl Schmidt, Anton

Haimann, Joseph Scher, Wilhelm Keff, Klemens
Kempf, Friedrich Gamber, David Wehtold, Engelbert
Kiesler, Leonhard Rheinberger, Theodor Erhardt,
Konrad Luz, August Schlageter, Heinrich Wiegler, Karl
Hedmann, Adam Grohe, Ignaz Fischer und Georg
Geter unter Ernennung zu Oberrevisionssekretären,
die Baukontrolleure: Wilhelm Keff, Ludwig Markert,
Wendelin Meier und Johannes Hinzsch unter Ernen-
nung zu Oberbauinspektoren, sowie
den Eisenbahningenieure Otto Schmidt,
die Eisenbahningenieure: Gustav Brück, Wilhelm
Römer und Hugo Weber und
den Werkstättenvorsteher Paul Seifritz ferner
den Stationskontrolleur Wilhelm Haaf unter Er-
nennung zum Oberstationskontrolleur.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben unter dem 12. Juli 1913 gnädigst geruht, den Pro-
fessor Franz Dösch am Gymnasium in Karlsruhe seinem
untertänigsten Ansuchen entsprechend auf Schluß des
Schuljahres 1912/13 bis zur Wiederherstellung seiner
Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen.

Dem Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und
des Auswärtigen ist unterm 12. Juli 1913 Gerichts-
assessor Dr. Karl Mayer aus Nieder-Olm als Rechtsan-
walt beim Amtsgericht St. Blasien und gleichzeitig beim
Landgericht Waldshut mit dem Wohnsitz in St. Blasien
zugelassen worden.

Dem Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und
des Auswärtigen ist unterm 15. Juli 1913 Rechtsanwalt
Dr. Leopold Maier in Bonndorf zugleich beim Landge-
richt Waldshut mit dem Wohnsitz in Bonndorf zugelassen
worden.

Das Ministerium der Finanzen hat unterm 22. Juli
1913 den Verwaltungsaktuar Eduard Kreisfmann zum
Registrator ernannt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staats-
eisenbahnen vom 30. Juni 1913 wurde Betriebsassistent
Franz Kettich in Karlsruhe zum Eisenbahnsekretär er-
nannt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staats-
eisenbahnen vom 18. Juli 1913 wurde Eisenbahnassistent
Gustav Ebner in Basel zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Gestorben:

am 13. Juli d. J.: Wittmer, Dr., Felix, Rechtsanwalt
in Mannheim.

am 14. Juli d. J.: Biegler, August, Rechnungsrat beim
Evang. Oberkirchenrat.

Die allgemein wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen betr.

Die nachgenannten evangelisch-protestantischen Geist-
lichen sind teils auf Grund ordnungsmäßigen Nachwei-
ses der in § 9 des Kirchengesetzes vom 9. Oktober 1860
in der Fassung vom 5. März 1880 bestimmten Erfor-
dernisse, teils auf Grund erwirkter Nachsichterteilung
gemäß § 1 der landesherrlichen Verordnung über den
Nachweis der allgemein wissenschaftlichen Vorbildung
der Geistlichen vom 11. April 1880 zur ständigen öffent-
lichen Ausübung kirchlicher Verrichtungen sowie zur Er-
laugung von Kirchenämtern im Großherzogtum staatlich
zugelassen worden:

Astnich, Karl, aus Achern,
Brauch, Otto, aus Reichenbach,
Gottert Max, aus Durlach,
Kaldschmidt, Otto Erich, aus Freiburg,
von Kenne, Hans, aus Ladenburg,
Lutz, Waltherr Otto, aus Lörrach,
Schulz, Friedrich, aus Schönbrunn,
Steger, Johann, aus Wentheim,
Streitenberg, Hermann, aus Bruchsal,
Strobel, Theophil, aus Ralghat,
Weßel, Karl, aus Tübingen.

Karlsruhe, den 17. Juli 1913.

Großh. Ministerium des Kultus und Unterrichts:

Böhm.

Siefer.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 24. Juli.

Der neue Balkankrieg.

Bukarest, 23. Juli. Die Depesche, die König Ferdinand
am 21. cr. an König Carol gerichtet hat, hat folgenden
Wortlaut:

Der lebhafteste und tiefgefühlteste Wunsch, der mich befeuert,
gegenwärtigen heftigen Lage endgültig ein Ende zu setzen,
läßt mich nochmals in meinem Namen und im Namen meiner
Regierung an Eure Majestät wenden, um Sie um den Ab-
schluß des Friedens zu bitten. Indem wir so handeln, haben
wir keineswegs die Absicht, die eventuell günstige Aufnahme,
die Eure Majestät dieser Bitte gewähren würden, dazu zu be-
nutzen, um den Kriegszustand mit Serbien und Griechenland
fortzusetzen. Meine Regierung ist im Gegenteil fest entschlos-
sen, mit diesen beiden Ländern rasch Frieden zu schließen; sie
hat dies soeben bewiesen durch die Entsendung der beiden De-
legierten nach Nisch, die mit den weitgehendsten darauf bezüg-
lichen Vollmachten versehen sind. Ich bin bereit, wenn Serbien
und Griechenland ihrerseits mit denselben Maßnahmen erwidern,
sofort die Feindseligkeiten einzustellen und mit der De-
mobilisierung der Armee zu beginnen. Sie hat alle Garantien
geliefert und ist noch bereit, alle Garantien zu liefern, die für
die Aufrichtigkeit ihrer Absichten und dieser Erklärung, die ich
in ihrem Namen abgebe, gefordert werden können. In diesem
Sinne bitte ich Eure Majestät, sie ihrerseits als befriedigend
anzusehen und den Vormarsch der Truppen einzustellen. Ich
und meine Regierung werden in diesem Akt Eurer Majestät
eine glückliche Bedeutung für die baldige und herzliche Wieder-
aufnahme der Beziehungen zwischen unseren Völkern erblicken,
die durch so viele Erinnerungen und gemeinsame Interessen
geheiligt sind und die wir mit tiefem Bedauern einen Augen-
blick getrübt gesehen haben. Ferdinand.

König Carol erwiderte mit folgender Depesche:

Ich beileide mich, das Telegramm Eurer Majestät zu erwidern,
indem ich Sie versichere, daß ich von demselben Wunsch
wie Sie befeuert bin, sobald als möglich einer Situation ein
Ende zu setzen, die ich um so mehr beklage, als sie einen Augen-
blick die guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern
zu trüben vermochten, die so viele Erinnerungen geheiligt
haben. Meine Regierung hat der Regierung Eurer Majestät
die Bedingungen bekannt gegeben, die die Wiederherstellung
vertrauensvoller Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten
gestatten, deren Aufrechterhaltung ich den größten Wert be-
messe. Eure Majestät können überzeugt sein, daß die freun-
dlichen Gefühle, die ich Ihnen seit langer Zeit entgegengebracht
habe, durch die letzten Ereignisse, die uns durch die Umstände
aufgedrängt worden sind, nicht beeinträchtigt werden können.
Ich bin glücklich, von Eurer Majestät zu erfahren, daß Ihre
Regierung fest entschlossen ist, den Kriegszustand mit Serbien
und Griechenland zu beendigen und daß sie bereits Delegierte
zu diesem Behuf designiert hat. Carol.

Sofia, 23. Juli. Die heute eingetroffene Antwort
der rumänischen Regierung auf das Friedensgesuch Bul-
gariens besagt, daß die rumänischen Vortruppen an den
Punkten angehalten werden, wo sie gestern eingetroffen
sind. Die Antwort macht einen günstigen Eindruck. Die
Regierung hofft, daß eine Verständigung mit Rumänien
in kürzester Frist zustande kommt.

Bukarest, 23. Juli. Im Laufe des gestrigen Nach-
mittags und der Nacht gingen die Antworten Bulgariens
und Serbiens auf den letzten rumänischen Vorschlag ein.
Beide Regierungen nehmen den Standpunkt Rumäniens
an, wonach die Verhandlungen auf rumänischem Boden
stattfinden sollen.

Bukarest, 23. Juli. (Amtlich.) Griechenland und
Serbien stimmen dem Vorschlag Rumäniens zu, daß die
Präliminarakte des Friedens in Bukarest unterzeichnet
werden. Griechenland stellt das Verlangen, daß der
Waffenstillstand gleichfalls in Bukarest unterzeichnet
wird. Die bulgarische Regierung hat auf die letzte
rumänische Note mit der Erklärung geantwortet, daß sie
die formulierten Hauptpunkte annehme und hoffe, daß
die nebenstehlichen Punkte keine Schwierigkeiten berei-
ten werden. König Ferdinand hat an König Carol ein
3. Telegramm gerichtet, worin er die Bitte um Frieden
unterstützt. König Carol beauftragte den Ministerprä-
sidenten Majorescu, dem König Ferdinand in demselben
Sinne wie in dem 2. Telegramm zu antworten. Die
Verhandlungen betreffend die Friedenspräliminarien
und den Waffenstillstand werden gleichzeitig begonnen
werden müssen, da die Verhandlungen einen Waffenstill-
stand erheischen können. Die rumänische Regierung be-
auftragte den Unterchef des Generalstabs, Oberst
Christescu, der sich gegenwärtig in Belgrad befindet, sich
nach Nisch zu begeben.

Bukarest, 23. Juli. (Ag. Roum.) Da auch Griechen-
land dem Vorschlag Rumäniens zustimmte, die Verhand-
lungen in Bukarest zu führen, forderte die rumänische

Negierung das Athener Kabinett auf, Bevollmächtigte zu ernennen.

Wien, 23. Juli. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Sofia: Die bulgarischen Delegierten in Risch verlangen einen zehntägigen Waffenstillstand sowie die Festsetzung einer neutralen Zone, auf der teilweise mobilisiert werden soll.

Saloniki, 23. Juli. Die griechischen Truppen haben den linken Flügel der Bulgaren auf Kazlok und Melomita zurückgeworfen.

Sofia, 24. Juli. Die Agence Bulgare meldet, daß von den Serben und Griechen zahllose Schreckenstaten begangen worden sind. Bei den Kämpfen mit den Griechen seien viele bulgarische Soldaten durch Dumdumgeschosse verwundet worden.

Belgrad, 23. Juli. Das Serbische Pressbureau meldet kleinere Kämpfe bei Piro, bei Detachani, Massina und Jarewo Selo, bei denen die Bulgaren zurückgeworfen wurden.

Belgrad, 23. Juli. Das serbische Pressbureau meldet zur Einnahme von Belgradschit: Nach zweitägigem Kampfe haben die serbischen Truppen Belgradschit eingenommen. Obgleich die weiße Flagge, das Zeichen der Übergabe wehte, leisteten die bulgarischen Truppen beim Einrücken der Serben in die Stadt Widerstand. Der Kampf dauerte bis 8 Uhr morgens. Bevor die serbischen Truppen einrückten, hatten die Behörden die Stadt verlassen. Die Bevölkerung war zurückgeblieben und begrüßte begeistert das erste serbische Detachement. Die serbischen Truppen haben Belarado, 8 Kilometer von Widdin, erreicht.

Konstantinopel, 24. Juli. In einem an den Großwesir gerichteten Telegramm erklärte der bulgarische Minister des Auswärtigen, daß die Türken durch ihr Vorgehen die territoriale Integrität Bulgariens verletzt hätten. Bulgarien verlange, daß die türkischen Truppen hinter die durch den Londoner Friedensvertrag festgesetzten Grenzen zurückgehen. Die Pforte wird darauf antworten, daß sie den Londoner Vertrag als hinfällig betrachte.

Konstantinopel, 24. Juli. Amtlichen Mitteilungen zufolge kam es bei der Besetzung von Kirklisse zu einem Gefecht mit der bulgarischen Infanterie. Die Bulgaren sprengten unmittelbar vor ihrem Abzug die Kasernen, die Munitionsdepots und die öffentlichen Gebäude in die Luft. — Der Kommandant des rechten Flügels der türkischen Kavallerie meldet, daß an verschiedenen Punkten der Stadt noch immer Explosionen erfolgen.

Wien, 23. Juli. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ schreibt: In französischen Blättern findet sich in den letzten Tagen wiederholt die Meldung, daß Österreich-Ungarn nicht gesonnen sei, an einer Kollektivdemonstration der Völkervereinigung in Konstantinopel bezüglich der Adriatischen Frage teilzunehmen. Diese Nachricht beruht auf vollständig falschen Informationen. Der österreichisch-ungarische Völkervereinigung in Konstantinopel hat in der vorigen Woche ebenso wie die Völkervereinigung der anderen Großmächte auf der Pforte Schritte unternommen, um Vorstellungen bei der türkischen Regierung wegen des Vormarsches der türkischen Armee nach Adrianopel zu machen. Österreich-Ungarn ist in gleicher Weise bereit, an einer eventuellen Kollektivdemonstration bei der Pforte teilzunehmen, falls eine solche Demonstration angeregt werden sollte. Ferner behaupten russische und französische Zeitungen, daß in Wiener Regierungskreisen der Versuch gemacht werde, die Autonomie Mazedoniens auf die Tagesordnung zu stellen. Diese Behauptung gehört in das Gebiet der irdigen Kombinationen. Hier beschäftigt man sich nicht mit dieser Idee.

Politische Übersicht.

Sozialdemokratisches aus Württemberg.

SRK. Stuttgart, 22. Juli.

Die „Kgl. Württ. Sozialdemokratie“, wie sie einst nach ihrer Staatsbewilligung und nach Einnahme der „Königlichen Schinzenbrote“ im Friedrichshafener Schlosse von den grimmigen Genossen nördlich der Mainlinie genannt wurde, hat sich auf ihre Pflichten gegen den Parteitag und „das Volk“ besonnen und diesmal im Landtag vor dessen Vertagung bei der Gesamtabstimmung den neuen Etat abgelehnt, einstimmig sozusagen, wenn man den Abg. Hildenbrand abzieht, der konsequent genug war, der Abstimmung fernzubleiben. Er konnte sich diese Beharrung auf revisionistischen Anwandlungen gestatten, denn er wird binnen kurzem sein Landtagsmandat für Stuttgart-Land niederlegen und als Leiter der Presseabteilung in der sozialdemokratischen Volkspartei nach Hamburg übersiedeln, er, so ziemlich der einzige Württemberger in der Fraktion. Selbst die Abgeordneten Keil, Lindemann und Seymann haben sich der Westmeyerischen Diktatur löblich unterworfen und sich nach mancherlei Sünden gegen den heiligen Geist der Parteidoctrin wenigstens noch ein glimpfliches Abgangszeugnis in die parlamentarischen Ferien und für den kommenden Parteitag gesichert. Es war ein Satyrspiel, wie es das führende Organ der Volkspartei zutreffend nannte. In diesem Lager ist man über den Rück nach links auf Seiten der Völkervereinigung wenig erbaunt, weil er die Hoffnungen auf die Gewinnung der nationalliberalen Nachbarn für den Großblock abermals zu vereiteln geeignet ist; hat doch sogar der Führer der württembergischen Jungliberalen seinen Standpunkt in dieser Frage erst in diesen Tagen öffentlich mit größerer Deutlichkeit als bisher gegen den Großblockgedanken festgelegt. Jetzt bezeichnet es die Sozialdemokratie als charakterlos, von ihr zu erwarten, daß sie überhaupt für den Etat hätte stimmen können; das wäre eine „Sand-

lung gegen die Überzeugung“ der Männer gewesen, die — es sind auch heute noch fast dieselben — feinerzeit mit einem großen Bekennermut in Wort und Schrift das Gegenteil von dem verteidigten, was sie heute tun. Zwar hat die Partei in monatelanger, zäher Kleinarbeit an dem Etat und den mancherlei gesetzgeberischen Aufgaben, die er auf fast allen Gebieten der Staatsverwaltung durch Einschachtelungen in sich begriff, gearbeitet und in Dutzenden von Teilabstimmungen positive Beschlüsse fassen helfen, manche sogar in ihrem Sinne stark beeinflusst, aber wenn es schließlich aufs Ganze geht, wird alles wieder verleugnet und einer Regierung, die angeblich arbeiterfeindlich ist und, wie die Phrase so hübsch lautet, im Interesse der herrschenden Klassen nicht bloß den Kampf gegen das Proletariat geführt, sondern sich in diesem Kampfe unlauterer Mittel bedient hat, nach Willkür, nicht nach Recht verfährt, wird das Budget verweigert. Man hört es ihn förmlich sagen, wenn es auch im Parteiorgan geschrieben steht, den neuen Mann, der die Weichlinge aus dem schwäbischen Capua wieder zu kriegstüchtigen Streikern erzieht, Westmeyer, das fleischgewordene Prinzip der Demagogie, den Beherrscher der Jugendlichen, die ihm in den Volksversammlungen laute Gefolgschaft leisten und die alten Führer der Partei niedererschreien, wo immer sie versuchen, die Vernunft gegen die Phrase zu verteidigen. Eine Anfrage über das Verbot an die Schüler, den Arbeiterturnvereinen beizutreten, bildete den Übergang und diente als Stimmungsmache, um den Umfall der Fraktion einigermassen zu bemänteln. Der Etat ist trotzdem angenommen worden. Das wußten die Genossen. Sie wären in die größte Verlegenheit gekommen, wenn die Mehrheit nicht ohne sie vorhanden gewesen wäre.

Auch in der an dieser Stelle schon einmal besprochenen Arbeiterbewegung bei der Firma Robert Vösch hat der Radikalismus unter den Führern über Ruhe und Vernunft der Arbeiter selbst gesiegt. Der Deutsche Metallarbeiterverband, der hierzulande sonst eine bemerkenswerte Wächterrolle im Vergleich mit den Leistungen derselben Organisation in Norddeutschland erkennen ließ, ist vollständig in das Westmeyerische Fahrwasser hinübergeglitten und steuert nun die Massen in eine von Tag zu Tag schwierigere Lage hinein. Die Firma hat, nachdem die Aussperrung sechs Wochen ohne bemerkenswerte Ausbesserungen von beiden Seiten sich hingezogen hatte, den Betrieb wieder aufgenommen und ihren bisherigen Arbeitern den Eintritt zu den alten Löhnen freigestellt. Der Metallarbeiterverband verwandelte alsbald die Aussperrung in einen Streik. Der Erfolg ist kaum zweifelhaft. Zwar ist bis jetzt die überwiegende Mehrzahl der Organisierten unter dem Druck einer bis zur Unterschrift der Mitglieder gehenden Kontrolle und einer außerordentlich weit reichenden Streikposten- und Versammlungsarbeit bis jetzt den Werksstätten ferngeblieben, aber die täglich erscheinende Statistik der Firma läßt einen fortgesetzten Zustrom alter und neuer Arbeiter erkennen und keinen Zweifel darüber, daß das Werk binnen wenigen Tagen vollends einen glatten Betrieb und binnen einigen Wochen auch die volle frühere Arbeiterzahl von 4000—5000 Mann besetzen haben wird. Die öffentliche Meinung ist bis tief in sozialdemokratische Kreise hinein gegen die Taktik des Metallarbeiterverbandes und den Terrorismus. Die Versuche, Vösch als kapitalistischen Ausbeuter hinzustellen, finden nirgends Glauben im Bürgertum, das bis vor gar nicht langer Zeit in diesem sozialgefinnten Unternehmer einen Sozialdemokraten erblickte. Damit ist es nun freilich aus, seitdem der Mann mit gewaltiger Tatkraft die Herrschaft über seinen Betrieb zurückzuerobert begonnen hat, und vollends seitdem er dem Verband der Industriellen beigetreten ist, um, wie er sagt, die Interessen seiner Arbeitswilligen besser wahrnehmen zu können. Das hatte die Sozialdemokratie nicht erwartet. Das ist eine große Niederlage für die Partei.

Polnische Straßentumultgeburgen in Posen.

Am letzten Sonntag fand in Posen wieder einmal ein großer Polentumult statt. Am Midewicz-Denkmal wurde am Vormittag ein Kranz mit einer großen roten Schleife niedergelegt — aus welcher Veranlassung ist noch nicht bekannt —, und als die Polizei die Entfernung dieser Schleife veranlaßte, kam es nach dem Gottesdienst zu großen Menschenansammlungen vor dem Midewicz-Denkmal. Über 20 Schulleute wurden in der Nähe postiert, um Ausschreitungen zu verhindern. Die polnische Menge begleitete alle Maßnahmen der Polizei mit ohrenbetäubendem Gepolse und Gejohle; es fielen die ärgsten polnischen und deutschen Schimpfwörter („Deutsches Schwein“, „preußischer Polizeihund“ usw.) gegen die Schulleute. Rufe, wie „Es lebe Polen“, erschollen natürlich auch, ja es kam sogar zu Tätlichkeiten. Zwölf Personen, die nach dem amtlichen Bericht „den Anordnungen der Polizeibeamten nicht Folge leisteten, diesen vielmehr Widerstand entgegensetzten, sie zum Teil auch tätlich angriffen und beleidigten“, mußten festgenommen werden. Einem der Verhafteten gelang es, da die Schutzmannschaft zeitweise von dem polnischen Pöbel arg bedrängt wurde und sich der übrigen Angreifer erwehren mußte, wieder zu entweichen. Die Demonstrationen in der Umgegend des Midewicz-Denkmal und in der St. Martinstraße dauerten, wie wir hören, bis in die Nacht hinein; auch in der ersten Stunde johlte und schrie dort der polnische Mob; und zahlreiche Polen und Polinnen, die in der St. Martinstraße auf und ab promenierten, machten sich über die Schutzmannschaft lustig, die gegenüber dem immer schnell entweichenden Pöbel

machtlos zu sein schien. Es scheint, daß in Posen polnische Straßendemonstrationen zu einem ständigen Requisite der polnischen Agitation werden; das ist nun schon der dritte oder vierte größere Straßentumult, den die Polen seit dem letzten November in Posen veranlaßt haben, und während man bei den ersten Malen noch den Jahrestag eines polnischen Aufstandes oder einen sonstigen größeren polnisch-nationalen Feiertag wählte, ist diesmal eine ganz belanglose Gelegenheit zum Anlaß einer großen Demonstration gewählt worden. Augenscheinlich und wohl mit Recht sieht man darin polnischerseits ein sehr bequemes Mittel, die polnischen Massen in immer weitenderen Maß gegen die preussische Staatsgewalt hinzubringen.

Zeitungsstimmen.

* Keine Angriffsliste Deutschlands. Der französische radikale Senator Debierre, der im Privatleben Medizinprofessor in Lille ist, bekennet im „Radical“, daß er den nationalitätlichen Glaubenssatz von der Angriffsliste Deutschlands und von der vielgenannten Attaque brusquée als unhaltbar ansehe. Er sagt:

„Wenn man die Gründe erforscht, warum Deutschland seine Rüstungen vergrößert hat, so findet man sie anderswo als in der Absicht, in nächster Zeit einen Krieg herbeizuführen, der nach dem Willen der Rängermeister gegen den westlichen Nachbar gerichtet wäre. Deutschland bedarf neuer Länder, wie es die Gebiete Kleinasiens sind, wo es mit Sicherheit und auf kurze Distanz die Produkte seiner Industrie gegen die Naturprodukte austauschen kann, die es nicht selbst hervorbringt. Marokko entsprach dieser Kombination und darum geschah das Manöver nach Agadir. Der König bot sich wie eine Beute und daher verlangte Deutschland einen großen Teil desselben von unserer Regierung, als der Marokkohandel beilege wurde. Die asiatische Türkei entspricht ebenfalls solchen Wünschen, aber dazu gehört, daß Rumänien als Zwischenglied der deutschen Politik angeschlossen wird, daß auch Bulgarien als weiteres Bindeglied diene und daß das türkische Reich unter deutscher Vormundschaft bleibe. Diese Politik scheint Deutschland heute schon teilweise verwirklicht zu haben, da es in Kleinasien mit der Türkei, England und Rußland unterhandelt. Heute sind nun aber diese Erfolge durch den Balkankrieg wieder in Frage gestellt, denn die Balkanvölker können nur zum Schaden Österreichs ihre volle Entwicklung erreichen. Deutschland kann nicht mehr mit Sicherheit auf die volle Unterstützung Österreichs rechnen und sieht sich daher allein Rußland und Frankreich gegenüber. Hierin liegt das leicht zu erratende Geheimnis, warum Deutschland ein neues Militärgesetz erlassen hat, das seinen Effektivebestand auf 900 000 Mann bringt.“

* Ausland.

Paris, 23. Juli. Dem „Echo de Paris“ zufolge verlangt Frankreich, daß die Teilstrecke Derak-Daiffa im syrischen Eisenbahnnetz mit einer etwaigen Zweiglinie nach Jerusalem unter die Kontrolle einer französischen Gesellschaft gestellt werde. Das geplante französisch-türkische Abkommen und der finanzielle Beistand Frankreichs hingen wesentlich von der Erfüllung dieser Forderung ab.

Paris, 23. Juli. Die Deputiertenkammer hat heute die Budgets des Kolonialministeriums, des Ackerbauministeriums und des Handelsministeriums angenommen.

Paris, 24. Juli. Durch den von der Kammer angenommenen Artikel 3 des Finanzgesetzes wird die Grundsteuer in eine Zusatzsteuer umgewandelt, und die Mobilien- und Personalsteuer durch eine allgemeine progressive Einkommensteuer ersetzt.

Paris, 24. Juli. Die Armeekommission des Senates nahm mit allen gegen eine Stimme die Einstellung der 20-jährigen an.

Konstantinopel, 23. Juli. Den Blättern zufolge wurden gestern die Verträge wegen Verlängerung der Konzession der Tabakregie auf weitere 15 Jahre unterzeichnet. Die Tabakregie gewährt dem Staatschatz einen Voranschlag von 1 1/2 Millionen Pfund. — Der armenische Patriarch hat seine Demission gegeben.

Teheran, 23. Juli. Salar-ed-Dauleh, der für kurze Zeit zu einer Besprechung mit seinen Neutern freigelassen worden war, floh in der Richtung auf Kermanschah. Die persischen Kosaken verfolgten ihn aufs energischste.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 24. Juli.

** Über den Ankauf volljähriger Truppendienstpferde im Herbst 1913 sind nunmehr vom Kgl. Preussischen Kriegsministerium folgende Bestimmungen getroffen worden:

1. Zum Ankauf von warmblütigen volljährigen Reit- und Zugpferden sollen im Großherzogtum Baden die nachbezeichneten öffentlichen Märkte abgehalten werden:
am 10. September, 8 Uhr vormittags: Seckenheim, Bezirksamt Mannheim,
am 11. September, 8 Uhr vormittags: Bruchsal,
am 12. September, 8 Uhr vormittags: Mastatt,
am 13. September, 8 Uhr vormittags: Korf, Bezirksamt Kehl,
am 15. September, 8 Uhr vormittags: Kürzell, Bezirksamt Lahr,
am 16. September, 8 Uhr vormittags: Donaueschingen,
am 17. September, 8 Uhr vormittags: Pfullendorf,
am 18. September, 8 Uhr vormittags: Breisach.
2. Die Pferde sind in mäßigem Umfange für Kavallerie, in der Hauptsache für Feldartillerie und Train bestimmt.
3. Beim Ankauf werden die Anforderungen zugrunde gelegt, die für den Remonteankauf maßgebend sind; mit

Rückficht auf die große Zahl der für den sofortigen Truppengebrauch erforderlichen Pferde wird allgemein ein scharfer Maßstab angelegt werden.

Es werden nur Pferde angekauft im Alter von fünf bis zu zehn Jahren und in einer Größe von 1,52 m bis 1,66 m Stodmaß (ohne Eisen gemessen).

Von diesen Alters- und Größengrenzen wird nicht abgewichen werden. Pferde, die erst 4½ jährig sind, oder bei denen das Zahnalter Zweifel zuläßt, müssen daher zurückgewiesen werden. Tragende Stuten sind vom Ankauf ausgeschlossen.

4. Die angekauften Pferde werden sofort abgenommen und den Truppenteilen unmittelbar überwiesen. Die Bezahlung erfolgt gegen Quittung bar oder mittels Schecks.

5. Pferde mit Mängeln, die gesetzlich den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises der Transport- und sonstigen Kosten zurückzunehmen, desgleichen solche Pferde, die sich binnen 45 Tagen nach dem Ankaufstage als klopphänge erweisen und Stuten, deren Trächtigkeit nachträglich festgestellt wird. Da dies häufig erst im vorgeschrittenen Stadium möglich sein wird, muß vor dem Verkauf gedeckter Stuten gewarnt werden.

Die gesetzliche Gewährfrist wird für periodische Augenentzündung auf 28 Tage, für Kehlkopfschmerzen auf 21 Tage verlängert. Mit Rückficht auf die durch die Zurücknahme für den Verkäufer entstehenden Unkosten wird empfohlen, die Pferde vor dem Verkauf besonders auf Mochen eingehend zu untersuchen.

Zur Anzeige von dem Mangel eines Pferdes ist nicht nur die Kommission, die es gekauft hat, sondern auch jede andere Stelle der Heeresverwaltung berechtigt, also auch der Truppenteil, dem das Pferd überwiesen ist.

6. Verkäufer, die Pferde vorführen, die ihnen nicht eigentümlich gehören, müssen sich gehörig ausweisen können.

7. Der Verkäufer ist verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke, rindlederene Trense mit glatten, starkem, einfach gebrochenem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit zwei mindestens 2 m langen Stricken unentgeltlich mitzugeben.

8. Die Verkäufer werden ersucht, die Schweife der Pferde nicht übermäßig zu beschneiden und die Schwanzrinne nicht zu verkürzen.

9. Vorstehende Ankaufsbedingungen gelten sinngemäß auch für nicht öffentliche Märkte.

Zu den Landtagswahlen.

B.C. Adelsheim, 22. Juli. In der Vertrauensmännerversammlung der Nationalliberalen Partei für den Wahlkreis Adelsheim-Vogberg wurde für die kommende Landtagswahl einstimmig Straßenmeister und Gemeinderat Dengel von Vogberg als Kandidat aufgestellt.

B.C. Ladenburg, 22. Juli. Eine Versammlung der nationalliberalen Vertrauensmänner stellte einstimmig den Landwirt Ed. Bohmann aus Feudenheim als nationalliberalen Kandidaten für den 57. Landtagswahlkreis auf.

Rastatt, 24. Juli. In einer am Dienstag stattgefundenen Versammlung beschloßen die beiden hiesigen nationalliberalen Vereine, für den 37. Landtagswahlkreis Rastatt-Land einen nationalliberalen Kandidaten aufzustellen. Als solcher wurde einstimmig Gemeinderat Niederbühl nominiert. Dieser hat die Kandidatur angenommen. — Die Aufstellung eines nationalliberalen Kandidaten in Rastatt widerspricht dem zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei getroffenen Wahlabkommen. Nach demselben soll die nationalliberale Partei in Rastatt schon im ersten Wahlgang den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei unterstützen. Die „Badische Nationalliberale Korrespondenz“ teilt parteiamtlich zu dieser Kandidatenaufstellung mit: „Im „Rastatter Tagblatt“ wurde die Mitteilung veröffentlicht, daß dort gestern Gemeinderat Niederbühl vom Nationalliberalen und Jungliberalen Verein als nationalliberaler Kandidat für die kommenden Landtagswahlen im Wahlkreis Stadt Rastatt aufgestellt wurde. Mit dieser Angelegenheit wird sich zunächst noch die Parteileitung zu befassen haben.“

Aus der Konservativen Partei. Der frühere Redakteur der ehemaligen „Bad. Landpost“, Adam Röder, wird Anfang September vom „Hildesheimer Kurier“ nach Karlsruhe überbiedelt und eine konservative Korrespondenz herausgeben. — Die „Deutsche Reichspost“ in Stuttgart, verbunden mit der „Bad. Post“, geht auf 1. Oktober ein. An ihre Stelle wird in Stuttgart eine Zeitung großen Stils, die „Süddeutsche Zeitung“ treten, nicht als konservatives Parteiorgan, sondern mehr als konservatives Sammelorgan der rechtsstehenden Elemente in Süddeutschland. Die Chefredaktion übernimmt Heinrich Heinz, der frühere nationalliberale Parteisekretär in Baden, zuletzt Redakteur an der „Rhein. Westfäl. Zeitung“.

** Aufgefundenes Geld. Es wurde aufgefunden: am 30. Juni im Zug 1579 der Betrag von 500 M. (Wertpapier), abgeliefert in Neustadt (Schwarzw.); am 6. Juli im Zug 741 ein Geldbeutel mit 3.35 M., abgeliefert in Karlsruhe; am 7. Juli auf dem Bahnhof in Billingen (Baden) der Betrag von 10 M.; am 7. Juli auf dem Bahnhof in Billingen ein Geldbeutel mit 3.80 M.; am 10. Juli auf dem Bahnhof in Waldshut der Betrag von 10 M.; am 14. Juli auf der freien Strecke Donaueschingen—Föhren ein Papiergeldbüchlein mit 20 M., abgeliefert in Föhren.

Aus der Residenz.

Das neue Wöchnerinnenheim. Mit dem heutigen Tage wird das neben dem Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus neuerbaute Wöchnerinnenheim dem Betrieb übergeben. Das Wöchnerinnenheim, das im Jahre 1892 mit dem Zwecke gegründet war, bedürftigen Frauen für ihre Niederkunftspflege und Wartung zu gewähren, erhielt bald auch Zuspruch von Frauen der wohlhabenden Kreise der Bevölkerung, und die stets steigende Zahl der Besucherinnen der näheren und weiteren Umgebung Karlsruhes (1912 waren es 773 Geburten) ist ein Zeichen für die Notwendigkeit dieser Anstalt und für das ihr entgegengebrachte Vertrauen des Publikums. Und so kann das Asyl heute auf die stätliche Anzahl von mehr als 9000 Entbindungen seit seiner Gründung zurücksehen, von denen verhältnismäßig sehr viele erschwert und kompliziert waren. Aber auch weiteren Zwecken diente das Wöchnerinnenheim. Es wurden in ihm eine große Anzahl von Schwestern des Badischen Frauenvereins als Wochen- und Kinderpflegerinnen für andere Anstalten und für die Privatpflege, einzelne auch für unsere Kolonien ausgebildet, und wenn es nur in einzelnen Fällen möglich war, auch den Helferinnen vom roten Kreuz und den Säuglingspflegerinnen hier die nötige Ausbildung zu gewähren, so war eben der Platzmangel bisher das Hindernis, den vielfach ausgesprochenen Wünschen nachzukommen.

Vom Sommertheater Karlsruhe wird uns geschrieben: Infolge großer Nachfrage betreffs weiterer Wiederholungen von „Puppen“ sieht sich die Direktion veranlaßt, Donnerstag und Freitag statt der angelegten Vorstellung „Hilfsarbeiter“ die 5. und 6. Wiederholung von „Puppen“ folgen zu lassen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Der neue Balkanrieg.

Bukarest, 24. Juli. König Carol hat gestern an die Könige von Griechenland und Montenegro Telegramme geschickt, in denen er mit Rückficht auf die dringende Lage in Sofia, sowie auf den Wunsch Europas, eine weitere Schädigung Bulgariens nicht zu dulden, die Annahme des Vorschlags der rumänischen Regierung empfiehlt, der darin besteht, daß die Einstellung des Vormarsches der Armeen, sowie die Einstellung der Feindseligkeiten vor Beginn der Verhandlungen in Bukarest über einen Waffenstillstand und die Friedenspräliminarien möglichst bald erfolgen.

Bukarest, 24. Juli. (Meldung der Agence Roumaine.) Obgleich die Friedenspräliminarien zu gleicher Zeit mit dem Waffenstillstand unterzeichnet werden sollen, hat die rumänische Regierung, um eine Einstellung der Feindseligkeiten zu erleichtern, dem General Coanda den Auftrag erteilt, sich sofort nach Nisch zu begeben, um dort mit den Angehörigen der Verbündeten zusammenzutreffen, die zur Konferenz nach Bukarest kommen werden. Daher ist es möglich, daß nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes selbst vorläufige Maßregeln zur Vermeidung neuen Blutvergießens ergriffen werden.

Sofia, 24. Juli. (Meldung des Wiener Korr.-Büro.) Infolge der Nachricht über das Vordringen der Türken in bulgarisches Gebiet wurden alle Gesandten der Großmächte ins Palais geladen, wo der König und der Minister des Auswärtigen ihrer Entrüstung über diese Verletzung des Völkerrechtes Ausdruck verliehen und um sofortiges Einschreiten der Großmächte baten.

Athen, 24. Juli. (Agence d'Athènes.) Nach zuverlässigen Informationen werden die Bedingungen der Verbündeten erst auf der Konferenz in Bukarest mitgeteilt werden. Man kann schon jetzt behaupten, daß die Bedingungen sich auf die Idee des Gleichgewichts auf dem Balkan stützen werden. Der Grundsatz des Gleichgewichts beweist die Rechtmäßigkeit der Ansprüche der Verbündeten, die nichts Unmögliches fordern, und ihren Wunsch, einen dauernden Frieden auf dem Balkan herzustellen. Seitens Rumaniens besteht keine Gefahr, daß die Frage verwickelt werde, denn Rumänien trat ohne vorheriges Einverständnis mit den Verbündeten in den gemeinsamen Kampf ein, von der Absicht geleitet, für das Gleichgewicht auf dem Balkan zu wirken, denn ein Großbulgarien würde eine ständige Gefahr für Rumänien sein. Der ehrenvolle griechisch-serbische Defensivvertrag traf für alles Vorjorge und hat keine Lücke gelassen, die einen Vorwand zur Streitigkeiten unter den Verbündeten geben könnte. So stellt die im voraus gelöste Frage der Teilung keine Besorgnisse ein. Infolgedessen drohen für Griechenland, Serbien und Montenegro seitens Rumaniens, keine Verwicklungen. Die Idee des Gleichgewichts wird bis zum Schluß vorherrschen. Wenn eine Gefahr von Verwicklungen besteht, so ist sie in der Intervention der Türkei zu suchen, einer unglückseligen und unerwarteten Intervention. Die Verbündeten wünschen, daß die Türkei die internationalen Abmachungen des Londoner Vertrages nicht verletzt. Trotz des Vormarsches der Türkei in Thrazien sind die Verbündeten keineswegs geneigt, auf der Konferenz in Bukarest Thrazien als türkisches oder bulgarisches Gebiet anzuerkennen. Thrazien ist für die Verbündeten ein Gebiet, das den Verbündeten gemeinsam gehört, wie es der Kongreß von London bestimmt hat. Über das Geschick Thraziens wird gemeinsam entschieden werden. Mehr als je hat Griechenland infolge des unmenhlichen Betragens Bulgariens, unterstützt von seinen Verbündeten, die ernstesten Bürgschaften für Leben, Ehre und Besitz der griechischen Bevölkerung zu fordern, die der Herrschaft Bulgariens unterworfen sein wird.

Peking, 24. Juli. (Reuter.) Die Rebellen wurden genötigt, sich von Sutshau im Norden von Kiangsu zurückzuziehen. Sie sind auf Dihubeikwan in Anhui zurückgegangen, um Verstärkungen abzuwarten. Yuan-shikai erklärte, er werde mit seinen Kreuzern alle Fahrzeuge mit Rebellen an Bord versenken lassen, gleichviel welche Flagge sie führen.

Schanghai, 24. Juli. (Reuter.) Die Rebellen machten gestern früh einen Angriff auf das Arsenal von Tian-gyan. Der Angriff wurde gestern abend erneuert, aber mit Verlusten zurückgeschlagen. Die angreifenden Truppen bezifferten sich auf etwa 3000 Mann, während die Garnison 2000 Mann beträgt.

München, 24. Juli. Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt offiziös: Die Presse beschäftigt sich weiterhin mit dem Telegramm, das ein Beamter der Rhönix-Transportgesellschaft am 12. Juli von Genua aus an den Reichskanzler gerichtet hat. Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Ballin, hat bereits Anlaß genommen, seinerseits gegen verschiedene, in jenem Telegramm enthaltene Behauptungen Stellung zu nehmen. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß seine Darlegungen vollkommen der Wahrheit entsprechen. Es ist bei der im Ministerium des Äußeren in München zwischen Herrn Ballin und dem Ministerpräsidenten Freiherrn von Hertling geführten Unterredung weder von geschäftlichen Interessen der Hamburg-Amerika-Linie noch von Marktwidrig die Rede gewesen. Aus der Luft gegriffen ist ferner die Behauptung des erwähnten Telegrammes, es seien dem bayerischen Ministerpräsidenten von Herrn Ballin Zusagen irgendwelcher Art für den Fall gemacht worden, daß Bayern den Unternehmungen der Rhönix-Transportgesellschaft Schwierigkeiten bereite. Hieraus ergibt sich weiter die völlige Unhaltbarkeit der Erzählungen, die der genannte Beamte der Rhönix-Transportgesellschaft dem Vertreter eines hiesigen Blattes über ein von dem Ministerpräsidenten von Hertling in Berlin geführtes Gespräch zum Besten gegeben hat. (Die erwähnten Zusagen sollen darin bestanden haben, daß sich Herr Ballin verpflichtet, den Reichskanzler zu beistimmen, um die Aufhebung des Besatzengesetzes herbeizuführen. Red.)

Hanau, 24. Juli. Dr. Hermann Houb, der als Regierungsrat an den deutsch-französischen Grenzexpedition in Kamerun teilnahm, ist nach einer an seine Anhörigen hieher gelangten Mitteilung des Reichs-Kolonialamtes von seinem schwarzen Diener ermordet worden; der Täter wurde erschossen.

Stuttgart, 24. Juli. Die gestern zur Zeichnung ausgelegte württembergische Aprozente Staatsanleihe hat einen guten Erfolg gehabt.

Verschiedenes.

Mainz, 24. Juli. Seit drei Tagen regnet es in der unteren Rheingegend in Strömen. Rhein und Main steigen täglich bis zu 30 Zentimeter. Die Hälfte der Getreide- und Weinerteile wird als verloren betrachtet. — Auch in der Centralalpen fällt wieder unaufhörlich Regen, der in den höheren Regionen mit Schnee untermischt ist.

Gannes, 24. Juli. Das französische Unterseeboot „Fresnel“ geriet gestern anlässlich einer Unterseeübung bei La Croisette in einer Tiefe von 3½ Metern auf Grund. Die Torpedoboote und die Unterseeboote des Geschwaders versuchten vergeblich Hilfe zu leisten. Dreimal rissen die Taue und die Trossen. Niemand ist zu Schaden gekommen. Die Hilfsarbeiten wurden heute nacht fortgesetzt.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe. V.: Wilhelm Garstens, Monteur. — V.: Wilh. Hensel, Schmied. — Ein Mädchen. V.: Franz Gischmann, Schreiner. — V.: Eduard Franz, Aufseher. — V.: Gust. Schempff, Schlosser. — V.: Jakob Herbert, Schreiner. — V.: Richard Schwesler, Hochbauvermeister.

Eheschließungen. Karl Burkhard von Frankfurt a. M., Bäcker hier, mit Frida Gretel von Schiltach. — Franz Kiefer von Fessenbach, Ingenieur hier, mit Klara Roth von Stuttgart. — Hans Kalbe von hier, Zahnarzt hier, mit Hedwig Triet von hier.

Todesfälle. Casar Stein, Kaufmann, Ehemann. — Artur, V.: † Artur Kaufmann, Tapezier. — Kurt, V.: Ernst Scherling, Strickhauer. — Eugenie, V.: Wilh. Sperl, Kaufmann. — Wilhelm Kiefer, Privatier, Witwer. — Karl, V.: Konrad Meier, Schreiner. — Anna Schilling, Ehefrau.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrologie vom 24. Juli 1913.

Die Wetterlage hat sich günstiger gestaltet. Sehr rasch ist die gestern über den Niederlanden liegende Depression über unser Gebiet hinweg nach Süden gezogen und liegt heute über Italien; bei ihrem Durchgang verursachte sie sehr ergiebige Niederschläge. Der hohe Druck, dessen Kern sich noch nördlich von Schottland befindet, hat sich auch über Skandinavien ausgedehnt und beherrscht bis nach Norddeutschland hinein die Wetterlage. Bei uns ist es unter dem Einfluß der Depression bei nordöstlichen Winden noch bewölkt, regnerisch und sehr kühl. Da noch Störungen in der Drucklage, namentlich über England, Sachsen und Österreich vorhanden sind, so ist noch veränderliche und kühle Witterung, sowie zeitweise Regen zu erwarten, für später aber sieht Besserung bevor.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 24. Juli, früh.
Lugano wolkenlos 16 Grad, Biarritz heiter 15 Grad, Perpignan wolkenlos 22 Grad, Triest Regen 16 Grad, Florenz bedeckt 19 Grad, Rom wolzig 17 Grad, Brindisi wolkenlos 22 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juli	Barom. mm	Therm. in C.	Nebel. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Simmel
23. Nachts 9 ⁰⁰ U.	745.0	11.8	9.7	95	SW	Regen
24. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	747.3	11.9	9.9	96	ND	bedeckt
24. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	749.0	18.1	-9.1	59	"	"

Höchste Temperatur am 23. Juli: 14.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 10.6.
Niederschlagsmenge, gemessen am 24. Juli, 7⁰⁰ früh: 37.8 mm.

Wasserstand des Rheins am 24. Juli, früh: Schusterinsel 3.52 m, gestiegen 39 cm; R e h l 3.87 m, gestiegen 2 cm; Maxau 5.80 m, gestiegen 1 cm; Mannheim 5.22 m, gestiegen 13 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Vöhrenbach bad. Schwarzw. 800 m ü. d. M. Höhenluftkurort
Prospekt frei durch Verkehrsverein und Bürgermeisteramt. F.8.

Danksagung.

Für die uns von allen Seiten erwiesene aufrichtige Teilnahme an dem so schweren Verluste unseres teuren Gatten und Vaters, die uns unseren Schmerz tragen half, sagen wir unseren herzlichsten Dank.

F.195

Karoline Stein
geb. Denninger
Willy Stein
Eveline Stein.

Karlsruhe, den 23. Juli 1913.

Handels-Hochschule Mannheim.

Das **Vorlesungsverzeichnis** für das **Wintersemester 1913/14** ist erschienen und kann vom **Secretariat unentgeltlich** bezogen werden. — Erste Inmatrikulation: 20. Oktober. — Beginn der Vorlesungen: 21. Oktober.

F.192

Nähere Auskunft auf Anfrage.



Eduard Kettner, Köln, Hohestr. 67
Cöln-Sühler mechanische Gewehrfabrik
Erstklassige Jagdgewehre und Jagdartikel aller Art

- Folgende Preislisten stehen kostenlos zu Diensten:
- Preisliste Nr. 1 über **Jagdgewehre aller Art, als: Doppelflinten, Büchsen, Doppelflinten, Dreilaufgewehre, Doppelflinten, Repetier- u. Einzelladerbüchsen, Ziel-Fernrohre, autom. Selbstladege- wehre für Schrot- u. Kugelschuss, Schalenbüchsen.**
 - Preisliste Nr. 2 über **Teschings, Revolver, automatische Pistolen, Gartengewehre, Jagdbedarfartikel aller Art, Jagdbekleidungsstücke aller Art, Jagdmunition aller Art, Angel- und Fischereigeräte, Hundedressurapparate u. sonstige Artikel für Hunde.**

Größte Leistungsfähigkeit! Große Vorräte!
Die Gewehre werden zur Ansicht und Probe gesandt. Höchste Schulleistung ohne Mehrberechnung, auf Wunsch auch Schulpatent über die Leistung, ausgestellt von der Deutschen Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen, Berlin-Halensee.

Gommertheater

Dir.: Fr. Grünwald.

Donnerstag, den 24. Juli
Freitag, den 25. Juli
F.178 abends 8.15 Uhr:

„Puppchen“

Junger Architekt

(eventuell Ferienstellung für Studierenden) gewandter Zeichner und Konstrukteur für interessante Arbeit nach Ludwigshafen a. Rh. auf 2-3 Monate sofort gesucht. Offerten an die Expedition unter F. 196 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Kaffee

Wiener Mischung
das Pfund Mk. 2.—,
rein Mocca Mk. 2.50
stets frisch geröstet.



Dürgerliche Rechtspflege.
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
Öffentliche Zustellung einer Klage.

N.490.2.1 Durlach. Frau Wilhelmine Lehmann Witwe in Durlach, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Ernst Weill hier, klagt gegen den Metzger Hermann Stuß und dessen Ehefrau, früher in Durlach, auf Grund des unter den Parteien abgeschlossenen Mietvertrags über eine Wohnung mit Nebengerä-

laden, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten als Gesamtschuldner zur Zahlung von 245 M. nebst 4 Prozent Zinsen seit dem 1. Juli 1913 durch ein vorläufig vollstreckbares Urteil und zur Ertragung der Kosten.
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits werden die Beklagten vor das Großh. Amtsgericht in Durlach auf
Dienstag den 30. Sept. 1913, vormittags 9 Uhr, geladen.
Durlach, 19. Juli 1913.
Der Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Öffentliche Zustellung einer Klage.
N.446.2. Freiburg. Der Tagelöhner Josef Keul in Freiburg, Jofiusstraße Nr. 95, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Sader in Freiburg, klagt gegen seine Ehefrau, Antonie Keul geb. Domini, früher zu Freiburg, jetzt unbekanntem Aufenthalts, auf Grund des § 1566 BGB. mit dem Antrage auf Scheidung der zwischen den Streitparteien am 27. Juli 1907 vor dem Standesbeamten zu Freiburg geschlossene Ehe aus Verfaulden der Beklagten.
Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits mit der ersten Zivilkammer des Gr. Landgerichts zu Freiburg auf
Freitag den 31. Oktober 1913, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Freiburg, 17. Juli 1913.
Der Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

Öffentliche Zustellung einer Klage.
N.470.2.1 Waldshut. Max Gahn in Konstanz, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Wüb in Waldshut, klagt gegen den Gastwirt Adolf Walter, früher in Fetsellen, jetzt an unbekanntem Orten, unter der Behauptung, daß der Beklagte dem Kläger aus Verkauf laut Vertrag vom 22. Mai 1913 den Betrag von 627.18 M., abzüglich bereits bezahlter 290 M. Schulde, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 337.18 M. — Dreihundertsebenunddreißig M. 18 Pf. — nebst 5 Proz. Zins aus 627.18 M. seit 22. Mai 1913 bis 9. Juni 1913 und 5 Proz. Zins aus 337.18 M. seit 9. Juni 1913.
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großh. Amtsgericht in Waldshut auf
Donnerstag, 11. Sept. 1913, vormittags 11 Uhr, geladen.
Waldshut, 19. Juli 1913.
Der Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Aufgebot
N.495.2.1 Überlingen. Das Gr. Margräfliche Babiße Rentamt Salem namens der Ständeherrschaft Salem und der Kaufmann Karl Geiger in Überlingen haben das Aufgebot des Grundstücks Gb.-Nr. 298 der Gemarkung Oberulbingen 9 a 60 qm Weg im Gemarkung Stegwiefen beantragt.
Der bisherige Eigentümer des Grundstücks wird aufgefordert, spätestens in dem auf
Mittwoch den 1. Okt. 1913, vormittags 9 1/2 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls er mit seinem Rechte ausgeschlossen wird.
Überlingen, 19. Juli 1913.
Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

N.477.2.1 Heidelberg. Die Ehefrau des Widdauers Martin Wolf, Kath. geb. Scholl in Eschelbronn, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwälte Dr. Fürst und Dr. Roth hier, klagt gegen ihren Ehemann, früher zu Neckargemünd, jetzt unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage auf Scheidung der am 3. Juni 1911 in Sinsheim geschlossenen Ehe aus Verfaulden der Beklagten.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Heidelberg auf
Samstag den 11. Okt. 1913, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Heidelberg, 18. Juli 1913.
Der Gerichtsschreiber des Großh. Landgerichts.

Bekanntmachung.

N.479.2.1 Pforzheim. Kaufmann Karl Auwärter in Pforzheim, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Bloch in Pforzheim, klagt gegen den Kaufmann Emil Schweigert, bisher in Pforzheim, jetzt an unbekanntem Orten abwesend, auf Grund der Behauptung, der Beklagte schulde ihm für die Einlösung des Wechsels vom 8. März 1913 den Betrag von 758 M. 15 Pf. und hat ein gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbar zu erklärendes Urteil auf Zahlung von 758 M. 15 Pf. nebst 5 Prozent Zins seit Klageaufstellung und Ertragung der Kosten des Rechtsstreits einschließlich derjenigen des Arrestverfahrens und Arrestvollzugs beantragt.
Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die dritte Kammer für Handelsachen des Großh. Landgerichts Karlsruhe mit dem Siege in Pforzheim auf
Dienstag den 28. Okt. 1913, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt zu bestellen.
Pforzheim, 21. Juli 1913.
Der Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts Karlsruhe III. Kammer für Handelsachen mit dem Siege in Pforzheim.

Öffentliche Zustellung einer Klage.

N.470.2.1 Waldshut. Max Gahn in Konstanz, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Wüb in Waldshut, klagt gegen den Gastwirt Adolf Walter, früher in Fetsellen, jetzt an unbekanntem Orten, unter der Behauptung, daß der Beklagte dem Kläger aus Verkauf laut Vertrag vom 22. Mai 1913 den Betrag von 627.18 M., abzüglich bereits bezahlter 290 M. Schulde, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 337.18 M. — Dreihundertsebenunddreißig M. 18 Pf. — nebst 5 Proz. Zins aus 627.18 M. seit 22. Mai 1913 bis 9. Juni 1913 und 5 Proz. Zins aus 337.18 M. seit 9. Juni 1913.
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großh. Amtsgericht in Waldshut auf
Donnerstag, 11. Sept. 1913, vormittags 11 Uhr, geladen.
Waldshut, 19. Juli 1913.
Der Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Aufgebot
N.495.2.1 Überlingen. Das Gr. Margräfliche Babiße Rentamt Salem namens der Ständeherrschaft Salem und der Kaufmann Karl Geiger in Überlingen haben das Aufgebot des Grundstücks Gb.-Nr. 298 der Gemarkung Oberulbingen 9 a 60 qm Weg im Gemarkung Stegwiefen beantragt.
Der bisherige Eigentümer des Grundstücks wird aufgefordert, spätestens in dem auf
Mittwoch den 1. Okt. 1913, vormittags 9 1/2 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls er mit seinem Rechte ausgeschlossen wird.
Überlingen, 19. Juli 1913.
Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

N.473. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Emil Kraft in Freiburg, Muzstraße 58, alleiniger Inhaber der Firma Kraft-Job in Auggen, ist zur Beschlußfassung über eine Ergänzung des Gläubigerausschusses und zur Beschlußfassung über die Einstellung gemäß § 204 K.O. Termin bestimmt auf
Mittwoch den 30. Juli 1913, vormittags 9 Uhr.
Freiburg, 18. Juli 1913.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3.

N.461. Raßhaff. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma R. Traub Raßhaff, Inhaber Kaufmann Wilhelm Feger in Gaggenau, ist Termin zur Verhandlung und Beschluß-

fassung über einen von dem Inhaber der Konkurschuldnerischen Firma eingereichten Zwangsvergleich bestimmt auf
Dienstag den 29. Juli 1913, vormittags 11 Uhr, Zimmer Nr. 248.
Der Vergleichsvorschlag liegt auf der Gerichtsschreiberei auf.
Raßhaff, 22. Juli 1913.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Verschiedene Bekanntmachungen.

Bei dem Großh. Bezirksamt Bretten ist auf 1. August d. J. auf die Dauer von 3 Monaten eine

Aushilfsstelle

für den Kanzleidiener zu besetzen gegen eine Tagesgehälter von 3 M. Geeignete Bewerber wollen sich sofort melden.
Bretten, 23. Juli 1913.
Großh. Bezirksamt.

Auf 1. August d. J. ist bei dem diesseitigen Ante eine

Kanzleihilfsstellen

mit einem Militäranwärter zu besetzen. Bewerber wollen sich alsbald unter Vorlage ihrer Zeugnisse melden. Diejenigen Bewerber, welche mit der Schreibmaschine vertraut sind, erhalten den Vorzug.
Großh. Bezirksamt Raßh.

Steinlieferung zum Rheinbau.

Die Lieferung von a. 5270 cbm Bruchsteinen zum Rheinbau auf die Lagerplätze und Uferbauten des Bezirks wird in 9 Losen auf Grund öffentlicher Verdingung vergeben. (Maßgebend Verordnung Gr. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907.) Angebote mit Losnummer und Aufschrift „Steinlieferung“ versehen, sind unter Benützung der auf liegenden Vorbrude postfrei und verschlossen, bis Montag den 11. August d. J., 10 Uhr vormittags, auf dem Geschäftszimmer der Inspektion Freiburg (Thurnseestraße 16) einzureichen. N.478.2.1
Die Verhandlung zur Eröffnung der Angebote findet für die Lose von Schusterinsel bis Neuenburg Dienstag den 12. August d. J., vormittags 9 Uhr, im Brühlendienstgebäude bei Neuenburg, für die übrigen Lose am gleichen Tage mittags 12 Uhr im Geschäftszimmer des Dammeisters in Dreifach statt.
Die näheren Bedingungen können auf dem Geschäftszimmer der Inspektion und bei den Dammeistern eingesehen werden, wofür auch Vorbrude erhältlich sind. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Freiburg, 21. Juli 1913.
Großh. Rheinbauinspektion.

Steinlieferung zum Rheinbau.

Die Gr. Rheinbauinspektion Karlsruhe verdingt die Lieferung von 4300 cbm Uferbausteinen und zwar 3300 cbm 1. Klasse (Flastersteine) und 1000 cbm 2. Klasse (Deckungssteine) für den Rheinbau auf der Strecke zwischen Gressern und Gernersheim für das Baujahr vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914 in 12 Losabteilungen in öffentlichem Wettbewerb.
Die Lieferungsbedingungen liegen hier u. bei den Dammeistern in Gressern, Mittersdorf und Raßau zur Einsicht auf. F.194.2.1
Angebote sind schriftlich unter Benützung der von hier zu beziehenden Vorbrude, verschlossen und postfrei mit der Aufschrift „Steinlieferung“ versehen, bis
Samstag den 9. August 1913, vormittags 10 Uhr, auf dem Geschäftszimmer der Rheinbauinspektion, Kriegstraße 99, einzureichen.
Für die Bemerkung u. die Verdingung sind die Bestimmungen der Verordnung des Großh. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907 maßgebend.
Die Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen.
Karlsruhe, 22. Juli 1913.

Oesterr.-Ungarisch-Schweiz-Güterverkehr

Mit Wirkung vom 1. September 1913 werden im Teil XI Heft A (Ausnahmetarif für Wein usw.) die Frachtsätze im Verkehr mit Bergine um je 5 ct. erhöht. N.486
Karlsruhe, 22. Juli 1913.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Oesterr.-Ungarisch-Schweiz-Güterverkehr

Auf 1. August 1913 werden für Spiritus in ganzen Ladungen von Krupal nach Basel und Schaffhausen direkte Frachtsätze eingeführt. Näheres enthält unser nächster Tarifanzeiger. N.485
Karlsruhe, 22. Juli 1913.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Stichtarif Bad. Staatsbahnen-Bad. Privatbahnen im Privatbetrieb.

Mit Gültigkeit vom 1. Aug. 1913 wird der Abschnitt F des Tarifs ergänzt. Näheres in unserm Tarifanzeiger. N.487
Karlsruhe, 22. Juli 1913.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Oesterr. Levanteverkehr über Eriess und Finne ferwärts.

Auf 1. August 1913 werden die Stationen Friedrichs-feld Bad. Stb. und Rehl in den Tarif Teil II, Heft 4 einbezogen. Näheres in unserm nächster Tarifanzeiger. N.488
Karlsruhe, 22. Juli 1913.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Badisch-Württemberg. Stichtarif.

Mit Wirkung vom 1. August 1913 werden die Stationen der zur Öffnung kommenden Nebenbahnteilstrecke Neuenstadt (Kocher)-Obernberg sowie die Station Entringen in den Tarif aufgenommen und die Entfernungen der Station Herrenberg ergänzt. Näheres in unserm Tarifanzeiger. N.482
Karlsruhe, 22. Juli 1913.
Großh. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Güterverkehr

Am 26. Juli 1913 treten in Kraft:
1. Zum Deutschen Eisenbahn-Gütertarif, Teil I Abteilungs A vom 1. Jan. 1912 ein Nachtrag IV,
2. zum Deutschen Eisenbahn-Gütertarif, Teil I, Abteilungs B vom 1. April 1913 ein Nachtrag I und
3. zu den Erläuterungen u. Entscheidungen zum Deutschen Eisenbahn-Gütertarif, Teil I, Abt. B vom 1. April 1913 ein Nachtrag I.
Die Nachträge können von unserem Verkehrs-Bureau bezogen werden.
Karlsruhe, 23. Juli 1913.
Großh. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Güterverkehr

Mit sofortiger Gültigkeit tritt zum Tarif für die Beförderung von lebenden Tieren auf den schweizerischen Eisenbahnen der Nachtrag III in Kraft. Er enthält Änderungen und Ergänzungen des Wortlauts und der Tarifbestimmungen. Die Mittelburgau- und Sursee-Triengen-Bahn wurden in den Tarif einbezogen. Die Entfernungen für die Regionalbahn Saignelégier-la Chaux-de-Fonds wurden geändert. Die Bestimmungen und Entfernungen sowie der Geltungsbereich für den Verkehr mit der Berner Alpenbahn Bern-Börsbühl-Simplon, der Spiez-Erlenbach-Bahn und der Erlenbach-Breilimmen-Bahn wurde geändert u. erneuert. N.490
Soweit durch den Nachtrag Frachtersparungen eintreten, bleiben die bisherigen Bestimmungen noch bis 1. Oktober 1913 in Kraft.
Karlsruhe, 22. Juli 1913.
Großh. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.